

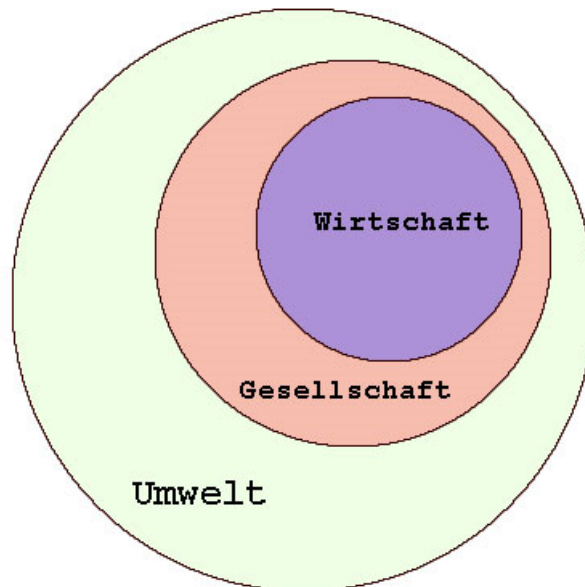
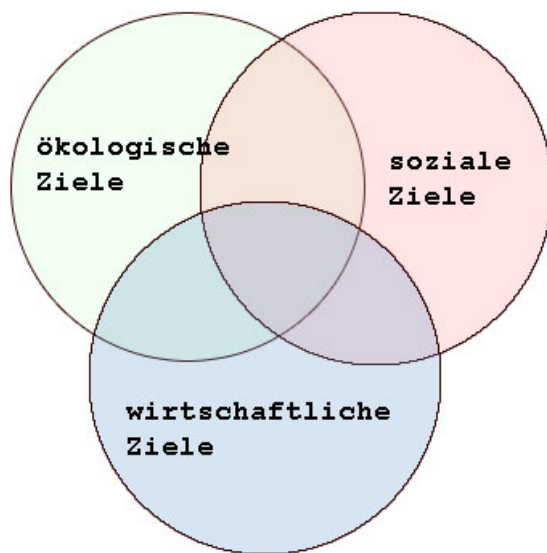
- **Die Bürgergesellschaft:** Korrekturfaktor und Ergänzung - oder Ziel der Politik?
- Historische und philosophische **Entwicklung der Zivilgesellschaft**
- **Stadthelfer Basel:** Freiwilligenarbeit zum Wohle der Stadt
- **Freiwilligenarbeit als Arbeit für die Zivilgesellschaft, als Sozialzeit - gemeinnützige Arbeit als Strafe für Versagen, als Fron?**
- **welfare - workfare - forced labour fair**
- **Hartz IV als Modell des neoliberalen Asozialstaates**



Arbeit für Markt, Staat oder Gesellschaft: 1., 2. und 3. Arbeitsmarkt

A) Den Unterschied zwischen dem 2. und 3. Arbeitsmarkt müssen Sie hier nicht suchen, ich hab ihn auch nicht gefunden. Offenbar wurde hier im Überreifer der klaren Definitionen ein beträchtliches Chaos angerichtet, so dass heute die Beschäftigungsprogramme und ähnliche Anstrengungen des Staates, den Arbeitslosen eine (mehr oder minder) sinnvolle Tätigkeit anzubieten, wahlweise als 2. oder 3. Arbeitsmarkt apostrophiert werden.

Dies erinnert an die langjährigen berühmt-berüchtigten [Diskussionen unter der A21](#) (Lokale Agenda 21) um das Kleeblatt:



Agenda 21 Modell der Nachhaltigkeit

reelles Modell der Teilgruppen

Die Politik als Kreis einzubringen, ist damals total missglückt. Hier, betr. Arbeitsmärkte, müssten die Beziehungen also wie rechts dargestellt werden:

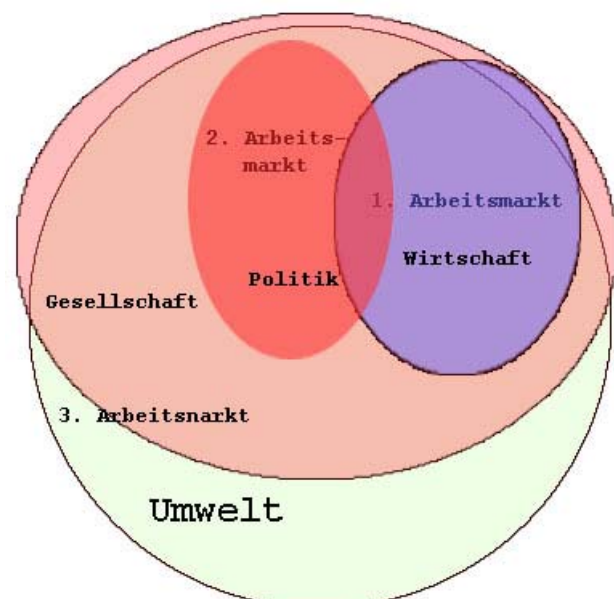
Die Gesellschaft müsste sich mit ihren Aktivitäten eigentlich in die gegebene Umwelt (Gää) einpassen, verlangt von dieser aber oft mehr, als sie geben kann.

Wirtschaft und Politik sind zwei überlappende und interagierende Teilbereiche der Gesellschaft.

Der 1. Arbeitsmarkt findet ganz innerhalb der Markt-Wirtschaft statt.

Der 2. Arbeitsmarkt wird durch die Politik gestaltet, geregelt und alimentiert.

Der 3. Arbeitsmarkt ist vorwiegend nichtmonetär, nicht profitorientiert, also freiwillig (womit der Ausdruck "Arbeit" leicht strapaziert oder besser postmodern redefiniert wird. (s. [Definitionen und Inhalte Arbeit](#)))

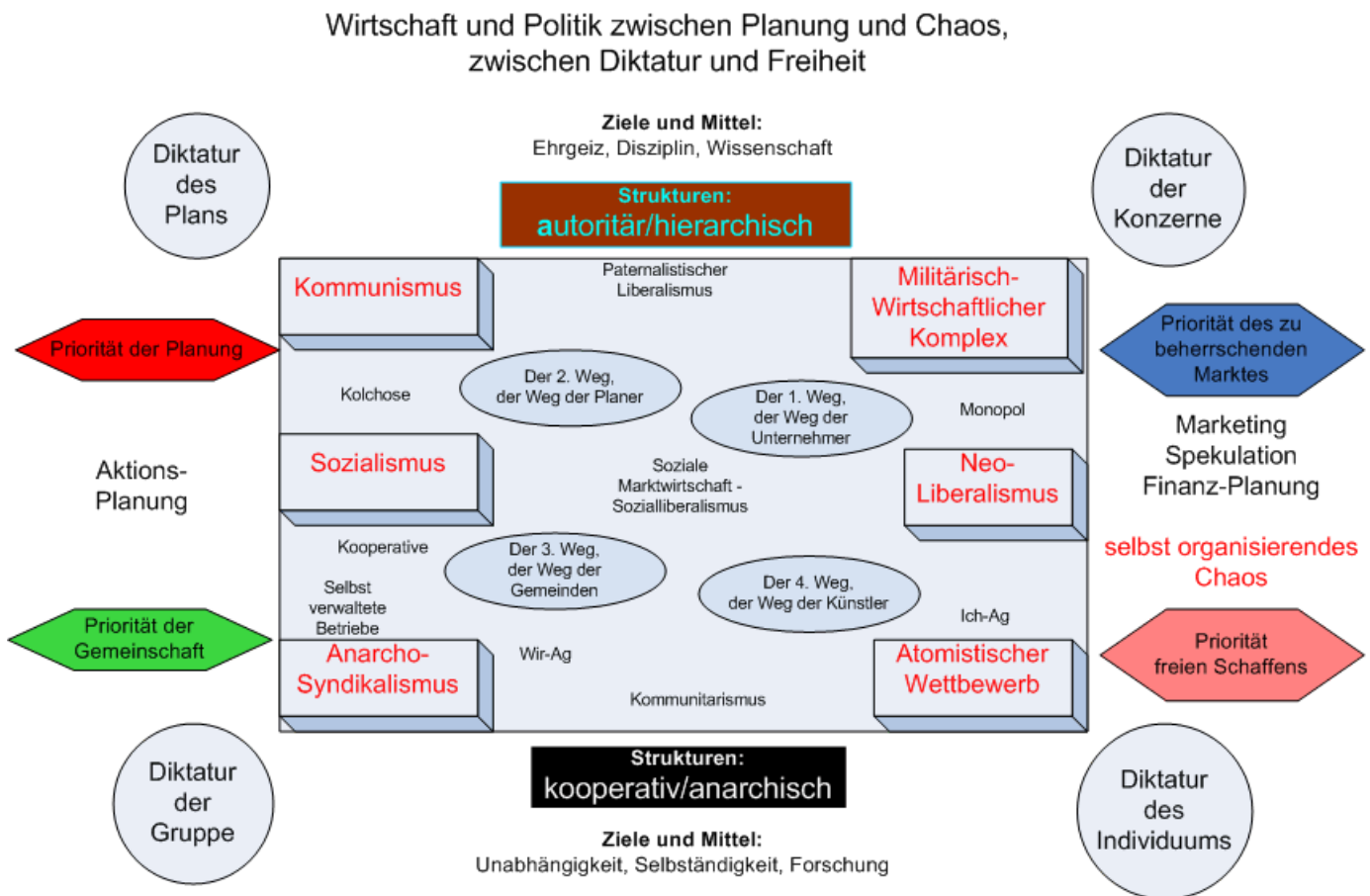


Auch in Anlehnung an Etzioni: sollte man vermutlich den **3.**

Arbeitsmarkt, um Verwechslungen mit dem 3. Sektor zu vermeiden, dem Bereich **Nonprofit** überlassen, womit der **2. Arbeitsmarkt** dann eben der **staatlich gefördert** wäre, mit

Beschäftigungsprogrammen, staatlich organisierten sozialen Einsätzen, Gemeinnützigkeit etc.

Zur Vervollständigung hier noch der **4. Arbeitsmarkt**, oder besser **der 4. Sektor**, der Weg der Künstler und Handwerker (der allerdings heuristisch entstand bei mir, einfach weil ich eine Vierfeldertafel benutzte um den [Zusammenhang von Freiheit und Planung](#) darzustellen. Die Nummerierung verläuft im Gegenurzeigersinn, also linksherum (is ja logisch, bei linken ...):



Zur Steuerung der 3 Arbeitsmärkte:

Der 1. Arbeitsmarkt wird mit Geld gesteuert, das selbst wieder einen Geld-Markt bildet. Kapitalmärkte sind dann aufgehäufte Geldwerte, die sich zunehmend von den Arbeits- wie andern Märkten entfernen. **Während dem am 3. Arbeitsmarkt, und praktisch nur an diesem, 1:1 getauscht, also real, ohne Geld, getauscht werden kann, ist dies im globalen 1. Markt kaum mehr möglich. Dafür sind hier Märkte entstanden, die nur noch mit Abstraktionen rechnen, wo nichts reales mehr bewegt oder getauscht wird, nur Zahlen und Worte.** Bei beiden Versionen handelt es sich um extreme Reduktionen, im einen fall um einen extrem einfachen realmarkt, im andern um einen völlig abstrakten Markt, oft ohne Bezug zur Realität. **Beide Extreme sind für die reale Welt untauglich.**

Der 2. Arbeitsmarkt wird mit Macht gesteuert, der Macht des Gesetzes, d.h. über die Politik. Auch deshalb sind die Erfahrungen dort oft nicht direkt am 1. Arbeitsmarkt verwendbar. Das Hauptproblem hier ist, das Macht nicht viel nützt, wenn man kein Geld hat ...

Der 3. Arbeitsmarkt ist eben ein Tauschmarkt: Arbeit gegen Ehre, oder Gegenleistung ebenfalls in Arbeit, oder Nahrungsmittel oder ähnliches. Kommt hier Geld ins Spiel, sieht der Staat das nicht mehr als Arbeits- sondern als Schwarzarbeit auf einem grauen Markt.

1. Der 1. Arbeitsmarkt

Gerade weil der 1. Arbeitsmarkt über Geld gesteuert ist, zählt hier nur, was oder wer Geld bringt. Arbeit, Leistung, Produktivität zählen nur dann als solche, wenn sie einen Geldwert repräsentieren. Das führt zu den Hauptproblemen damit: Ausschluss, Verlagerung von Kosten der Einsparungen auf der einen, der wirtschaftlichen Seite, auf die andere, die politische (+ die Betroffenen selbst natürlich).

1.1 Probleme: Wirtschaftlich Diskriminierte

Die Wirtschaft macht selbst immer wieder klar, dass es ihre Aufgabe ist, Gewinne zu erzielen, nicht Mitarbeiter ... oder gar den Staat, glücklich zu machen:

Angesichts einer starken Orientierung am „shareholder value“ lässt sich insbesondere bei global agierenden, großen

Unternehmen eine Tendenz beobachten, nur noch die Gewinnmaximierung im Blick zu haben und Bezüge zum Gemeinwesen zu vernachlässigen.

Dies hat allerdings Folgen. Nicht nur Einzelne, sondern ganze Gruppen werden aus dem Erwerbsprozess zunehmend eliminiert. Dazu gehören:

1. **Menschen in prekärer Lebenslage** (z.B. in dauerhafter Armut lebende Menschen bzw. Menschen, die von der Erwerbsarbeit langfristig ausgeschlossen sind). Besonders häufig davon betroffen sind z.B. Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehreren Kindern und Langzeitarbeitslose;

Das Interessante an dieser Gruppe ist, dass sie vor allem durch den Ausschluss aus Erwerbsarbeit geschaffen wurde, oder durch unzureichende Löhne.

2. **Menschen mit besonderen sozialen Problemen wie Analphabeten, Opfer von Gewalttaten, weibliche und männliche Prostituierte, schwangere Frauen in sozialen Notlagen und Straffällige;**
3. **Menschen mit Handicaps auf Grund von Behinderung, Krankheit und/oder Pflegebedürftigkeit wie Alterskranke, körperlich, geistig oder psychisch Behinderte oder Drogenabhängige;**
4. **Menschen mit Migrationshintergrund wie Arbeitsmigranten, Asylbewerber, Flüchtlinge, Spätaussiedler insoweit, als sich bei ihnen häufiger als bei vielen anderen Gruppen materielle, soziale und kulturelle Diskriminierungserfahrungen überlagern (vgl. Kapitel B1.1.2.4. Migrantinnen und Migranten) (vgl. Holz 2001: 13ff.).**

Eben so interessant ist, dass die selbe Elite, die dank des Ausschlusses von mehr oder minder problematischen, geringer produktiven Mitglieder der Gesellschaft ihre Gewinne erhöht, dann auf dem politischen Parkett lautstark die Integration eben der, von ihnen eliminierten, in den Arbeitsmarkt fordert.

1.2 Gewerkschaften

Diese Probleme zu lösen fällt dem Staat eben so schwer wie den Gewerkschaften, der wichtigsten Organisation der Bürgergesellschaft in dem Bereich. Dies insbesondere, weil keiner der beiden irgend was gegen die inhärenten Strukturen unternehmen kann, ohne das ganze System zu kippen: s. [Gibt es den gerechten Lohn?](#)

1.3 Spezialisierung der Arbeit: Schafft neue Arbeitsmöglichkeiten - aber einen unüberblickbaren und unkoordinierbaren Arbeitsmarkt. Die heute weit verbreitete Massenarbeitslosigkeit ist nicht nur Resultat betriebswirtschaftlichen Sparens, schon gar nicht von [Unfähigkeit oder Unwilligkeit Seitens der Betroffenen](#), sondern primär ein zunehmende Passungsverlust, ein systemischer Nonfit. s. [Gute Arbeit: Spezialisierung/Berufswahl](#)

Diese Berufe sollten nicht nur die Existenz erlauben, sondern schaffen zugleich eine "Rang-Ordnung" in der Gesellschaft über das [Berufsprestige](#).

1.4 Betriebliche Mitbestimmung: Auch das Kapitel betriebliche Mitbestimmung muss hier leider klein geschrieben werden, denn hier haben sich praktisch keine der Hoffnungen erfüllt, die in den späten 70ern erweckt wurden. Es wird zwar sehr viel darüber geredet und geschrieben, aber eine humanere Wirtschaft hat das nicht schaffen können.

1.5 Gemeinnützige Anstrengungen von Unternehmungen (csr)

Auch der Bericht fordert ein stärkeres Engagement der Wirtschaft für nichtwirtschaftliche Ziele, da Wirtschaften nicht um leeren Raum erfolgt: *Zielsetzung ist die Entwicklung einer Unternehmenskultur, in der die Orientierung auf Gewinnerzielung mit einer Orientierung am Gemeinwohl und der Übernahme sozialer Verantwortung im Gemeinwesen verbunden werden.*

Gefordert wird vor allem der verstärkte Einsatz des Konzepts *corporate social responsibility* (csr). s. [Der Ansatz csr & Corporate social responsibility in der Praxis:](#)

CSR bezieht sich auf die Bereiche Umwelt und „fairer Handel“ sowie die Einhaltung sozialer Standards (insbesondere auch in den Ländern der so genannten Dritten Welt). Das CSR-Konzept beruht auf der Vorstellung einer nachhaltigen sozialen, ökonomischen und ökologischen Entwicklung und eines schonenden Umgangs mit Ressourcen, so dass ein faires Miteinander von Ländern des Südens und des Nordens möglich ist und zugleich die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen erhalten bleiben. Zielsetzung ist ein nachhaltiges Wirtschaften. Corporate Social Responsibility kann als übergeordnete Idee bezeichnet werden. Sie bildet das Dach, dem sich Corporate Citizenship und dessen konkrete Ausprägung in Form von bürgerschaftlichem Engagement zuordnen lassen.

1. **Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen umfasst in den USA vor allem zwei Formen: Spendenzahlungen für Non-Profit-Unternehmen und gemeinnützige Zwecke, die unter dem Begriff „Corporate Giving“ gefasst werden, und die**
2. **Förderung des Engagements der Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, das als „Corporate Volunteerism“ bezeichnet wird.**
3. **Dienstleistungsangebote: Unternehmen stellen ausgewählten Non-Profit-Organisationen ihre Expertise, ihre Geschäftsverbindungen sowie ihre professionellen sozialen Netze zur Verfügung, indem die Mitarbeiter von ihren beruflichen Verpflichtungen freigestellt und in den Non-Profit-Organisation tätig werden. Die Mitarbeiter bringen dabei ihre Kenntnisse z.B. aus der Geschäftsführung und dem Management in die Abläufe der jeweiligen Non-Profit-Organisation ein und tragen damit zur Qualifizierung bei.**

Der erste Punkt ist insofern kritisch, als die Wirtschaft hier mit ihrer Finanzmacht Schwerpunkte setzt, die vermutlich ganz und gar nicht den Bedürfnissen der Mehrheit der Gesellschaft entsprechen:

Soziale Probleme und Aufgaben, für die sich Unternehmen nicht interessieren, bleiben unberücksichtigt und erhalten keine Fördermittel. Hinzu kommt, dass das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement keine dauerhafte und verlässliche Förderung gewährleisten kann. Je nach Unternehmensstrategie wechseln die Unternehmen ihre Schwerpunkte bei den Engagementprogrammen, so dass keine kontinuierliche Arbeit möglich ist.

Der zweite Punkt steht offenbar kurz davor, sich selbst zu eliminieren:

Nach Informationen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages sind in ihren Mitgliedsorganisationen 142.000 Unternehmensvertreter als Mitglieder der Prüfungsausschüsse im Bereich der Berufsbildung und der beruflichen Weiterbildung engagiert. In den Äußerungen einzelner Verbandsvertreter finden sich Hinweise, dass es zunehmend schwieriger wird, die Praxis der bezahlten Freistellung von Unternehmensmitarbeitern für die Selbstverwaltungs- und Ausbildungsaufgaben aufrecht zu erhalten (vgl. Rosenbauer 2001). Angesichts knapper Personalressourcen und neuer Managementstrategien gerät diese Form der Bereitstellung bürgerschaftlichen Engagements in den Unternehmen unter Legitimationsdruck.

Der dritte Punkt kann bereits wieder kritisch werden, was die Bürgergesellschaft betrifft, den er verstärkt den Druck hin zu einer Organisation und Qualifikation die den Standards und Bedürfnissen der Wirtschaft entspricht, also rational, effizient, sparsam funktioniert ... aber eben meist nicht sehr sozial.

Das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmensmitarbeitern ist vor allem im Bildungsbereich angesiedelt. Es folgen der Gesundheits- und Jugendhilfebereich sowie die Handlungsfelder Ökologie und Obdachlosigkeit. Diese Fokussierung der Aktivitäten auf den Bereich Bildung und Erziehung ist in verschiedenen Entwicklungen in den USA begründet. Mängel im öffentlichen Bildungssystem haben zur Folge, dass Schüler mit erheblichen Lese- und Rechtschreibproblemen die Schulen verlassen. Große Wissenslücken bestehen auch beim Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Das Engagement der Betriebe in der Bildung ist auf jeden Fall erwünscht, wo es um Lehrstellen und die Weiterbildung der Mitarbeiter geht. Wo jedoch die Betriebe direkt Forderungen an Schule und Hochschule stellen, also den Einsatzbereiten Mitarbeiter bestellen, ist Vorsicht geboten. Die Einsatzmöglichkeiten sind zu unterschiedlich als dass die Schulen ihre Ausbildung auf die Bedürfnisse einzelner Betriebe oder Sparten hin ausrichten sollten.

Dabei geriet auch ihre gesellschaftliche Bedeutung aus dem Blick. Für die öffentlichkeitswirksamen Sponsoringaktivitäten gilt, dass sie in erster Linie unter Werbegesichtspunkten getätigt und nicht mit der gesellschaftlichen Rolle von Unternehmen verbunden wurden.

Fazit: *Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement kann sozialstaatliche Leistungen nicht ersetzen.*

Die Sache ist schwierig, darf aber nicht aufgegeben werden. Denn eine übermäßig betriebswirtschaftliche Denkweise verursacht eben so viele wie eine, die wirtschaftliches aussen vor lässt. Die Bürgergesellschaft muss sich in die Betrieblichkeit einmischen, zumindest dort, wo sie stört oder den Staat mehr kostet als sie bringt, die Betriebe müssen erkennen, dass es keine Wirtschaft gibt, wo die Natur und/oder die Gesellschaft nicht mehr intakt sind, wo also entweder die Ressourcen, oder die Kunden fehlen, oder gleich beides:

Die Orientierung an sozialer Verantwortung und an einer nachhaltigen Wirtschaftsweise bestimmt dann sowohl die wirtschaftliche Tätigkeit als auch das Handeln als Akteure der Bürgergesellschaft. Für eine Profilierung als Akteure der Bürgergesellschaft wäre es notwendig, dass die Unternehmen Verantwortung bei der Mitgestaltung des Gemeinwesens übernehmen, sich stärker als bislang in Prozesse der lokalen und regionalen Entwicklung einbringen und sich an lokalen und überregionalen Zusammenschlüssen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen beteiligen.

2. Der 2. Arbeitsmarkt: Staatlich finanzierte "Beschäftigung"

Der 2. Arbeitsmarkt besteht vor allem aus staatlich (oder durch Spenden) finanzierten Programmen, die Wiedereingliederung in den 1. Arbeitsmarkt ermöglichen sollen, zum Teil aber auch aus sog. "geschützten Arbeitsplätzen" für Behinderte.

Als dritter Kontext haben sich insbesondere in den letzten Jahren eine Debatte und erste Ansätze herausgebildet, in denen bürgerschaftliches Engagement als Instrument der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt wird.

Die ersten Arbeitslosenprojekte entstanden bereits in den 1970er und 1980er Jahren, als Arbeitslosigkeit zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als Problem auftrat von dem zahlreiche Beschäftigte betroffen waren. Mittlerweile gibt es in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1.000 Arbeitslosenprojekte.

Gemeinsam ist den verschiedenen Ansätzen, die bis heute nebeneinander bestehen, eine Mischung aus Selbsthilfe und politischer Interessenvertretung der Arbeitslosen.

Als positiv ist sicherlich zu bewerten, dass durch die Projekte und politisch geförderten Maßnahmen die soziale Integration von Menschen ermöglicht wird, die in der Regel dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

Hauptproblem: Arbeitsmarktintegration als *creaming off*

*Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung sind dann nur noch eine Frage des richtigen Umgangs fachlich qualifizierter Einzelpersonen, Organisationen und Ämter mit Einzelklienten. Gemeinschaftsprojekte – seien es Netzwerke von Leistungsanbietern oder auch Anwälte und Selbstorganisationsformen Betroffener – drohen dabei weitgehend aus dem Blickfeld zu geraten. Wo eine **Orientierung an kurzfristigen Vermittlungserfolgen** in Richtung Integration in den ersten Arbeitsmarkt und auf diejenige Teilgruppe unter den Arbeitslosen dominiert, die dafür vergleichsweise die besten Voraussetzungen mit sich bringt, **geraten Personengruppen mit multiplen Problemen (geringe Qualifizierung, soziale und familiäre Schwierigkeiten, psychosoziale Probleme) an den Rand der institutionellen Aufmerksamkeiten**. Von Engagement getragene Initiativen und Projekte freier Träger laufen dann Gefahr, sich im Rahmen einer problematischen Arbeitsteilung allein der gerade angesprochenen Klientel zuwenden zu müssen. Gerade von **multiplen Problemen betroffene und damit besonders hilfsbedürftige Gruppen und Personen drohen in einseitige Abhängigkeit von privater Hilfsbereitschaft zu geraten – ohne wirksame ergänzende Angebote von Politik und Verwaltungen jenseits der Sozialhilfe. **Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik droht damit auseinanderzufallen in einen an wirtschaftlichem Erfolg orientierten Teilbereich auf der einen und „soziale Hilfsmaßnahmen“ auf der anderen Seite.*****

Gerade dieses Auseinanderfallen von Erfolgswirtschaft (privat) und Verliererbetreuung (Staat) sorgt ja heute für Unmut und Kosten, auf praktisch allen Seiten. Diejenigen die Bezahlen müssen wollen Sparen, diejenigen die hier betuttelt werden, kriegen Zustände, aber nicht wirklich eine Chance. Solange der 1. Arbeitsmarkt keine Vollbeschäftigung bieten kann oder will, also von der Politik, d.h. der Gesellschaft, keinen dem entsprechenden Auftrag fasst (was demokratisch absolut möglich wäre s. Ansätze Prof. Ulrich), solange herrschen feudale Zustände, in denen die Feudalherren sich die schwarzen Schafe des Marktes gleich selbst schaffen können, eben durch Restrukturierungen, Redimensionierungen, Auslagerung, Einsparungen, Rationalisierung und was es weiter an tollen Möglichkeiten gibt. ([toll?](#) na ja, früher hiess das ja auch mal verrückt ...)

Der 2. Arbeitsmarkt (wie zum Teil der 3.) wird ja nicht nur von der Wirtschaft kritisiert, sondern auch von den Gewerkschaften, weil er halt eben auch Arbeit anbieten will und muss, also zum Teil sicher Arbeiten, für die sonstwo irgend jemand bezahlt wäre. Nun sollte man sich jedoch mal die Aussage: *Es gibt keine Vollbeschäftigung mehr - und es wird sie nie mehr geben* - ganz einfach ernst nehmen. Die ist ja auch oft und laut von Unternehmern zu hören. Gegenfrage: *Ja gut, aber was machen dann diejenigen, die vielleicht voll, aber nicht mehr beschäftigt sind?* Heute wird von denen erwartet, dass sie sich "integrieren", in den Arbeitsmarkt, obwohl eindeutig überflüssig. Also ein Witz. Lösung: Haben die Überflüssigen gefälligst still und leise, unter Vorausbezahlung der Erstattungskosten, Selbstmord zu begehen? Haben sie ein Anrecht auf eine staatliche Rente, sei es in Form der Sozialhilfe, sei es in Form eines Grundlohnes, sei es in Form der IV? Haben bezahlte Betreuer ein Anrecht darauf, sie als Betuttelungsklientel zu (miss-)brauchen? Was wäre hier eine rationale Lösung? (Nicht mit Plattitüden abspesen lassen ... dann werden Sie rasch merken, dass sonst eben kaum jemand wirklich eine Antwort weiss).

3. Der 3. Arbeitsmarkt: Die Bürgergesellschaft, das unbekannte Wesen

Nach Amitai Ezioni gehören vor allem Non-Profit Organisationen und die gesamte **Soziale Oekonomie** zum 3. Arbeitsmarkt/Sektor, also *alle diejenigen Organisationen, „die formell strukturiert organisatorisch unabhängig vom Staat und nicht gewinnorientiert sind, eigenständig verwaltet werden sowie keine Zwangsverbände darstellen“*. Es handelt sich um *Organisationen außerhalb des öffentlichen und traditionellen privaten Sektors: (...) Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine, Stiftungen, Wohltätigkeits-, Freiwilligen- und gemeinnützige Organisationen“*.

Was das Engagement für den 3. Arbeitsmarkt betrifft, ist die Politik etwas schwach auf der Brust:

*Es sollte nicht übersehen werden, dass **bürgerschaftliches Engagement** und die Nutzung der o.a. verschiedenen Formen des hier entstehenden sozialen Kapitals **kein bereits in der Praxis und Konzeption von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik verankerter Topos** sind. Für viele professionell in diesem Bereich tätige Politiker und Fachleute ist die Stärkung bürgerschaftlicher Beiträge kein Bestandteil ihrer Konzepte und Agenden. **So sollte sich auch die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik stärker ihres Beitrages zu einer aktivierenden Politik bewusst werden.***

Abgesehen davon, dass sich nur ein paar Entwicklungsfachleute wirklich einen Begriff davon machen können, was die Bürgergesellschaft bedeutet, ist insbesondere der Bereich Arbeitslosigkeit (nicht nur die Arbeitslosen per se) am A...:

*Die Mitarbeit von Arbeitslosen in Arbeitslosenprojekten und ihre Beteiligung an politischen Aktivitäten ist – im Vergleich zu ihrer großen Zahl – nur schwach ausgeprägt, und die zentralen Akteure der „Bewegung“ beklagen immer wieder den Mangel an Engagement, wenn es um Fragen der **Interessenvertretung für Arbeitslose** geht (vgl. FALZ-Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. 1998).*

Im allgemeinen sind die Chancen, entweder vom 3. auf den 1. Arbeitsmarkt zu wechseln, oder im 3. Arbeitsmarkt bezahlte Stellen zu gründen, also 1. Arbeitsmarkt neu zu schaffen, recht gut.

Diese sozialen Ziele, die durch das soziale Wirtschaften im Dritten System angestrebt werden, sind vielfältig:

- *So kann es darum gehen, **Personen zu integrieren, die im Ersten Arbeitsmarkt langfristig keine Beschäftigung finden.***
- ***Das bürgerschaftliche Engagement kann auf die Erstellung von Gütern und Dienstleistungen hinwirken, die weder vom***

Markt noch vom Staat bereitgestellt werden, weil die Herstellung entweder nicht wirtschaftlich ist oder die Kunden nicht über genügend Kaufkraft verfügen.

- **Ziel kann auch sein, benachteiligte Personengruppen (etwa in unterversorgten Regionen) mit einer Grundversorgung (Energie, Ernährung, Wohnen) auszustatten.**
- **Während der Tätigkeiten findet eine fachliche oder methodische Qualifizierung statt, und es wird nach Übergangsmöglichkeiten in eine reguläre Beschäftigung im Ersten oder Zweiten Sektor gesucht.**

Der Dritte Sektor ist wirtschaftlich bedeutsam:

- **Hundert bürgerschaftlich engagierte Menschen „ermöglichen“ 13 bezahlte hauptamtliche Arbeitsplätze. Sie leisten ungefähr gleich viel Stunden wie die Hauptamtlichen. Somit bewirken hundert bürgerschaftlich Engagierte nicht nur 13 „formelle“ Arbeitsplätze, sondern eine Verdoppelung des dort geleisteten Arbeitsumfangs (ebd.: 7).**
- **Im Hinblick auf die Wirkung von öffentlichen Zuschüssen lässt sich auf der Basis dieser Zahlen ein „Wohlfahrtsmultiplikator“ errechnen: „Würden die hauptamtlichen Arbeitskräfte in der Gemeinschaftsarbeit allesamt aus öffentlichen Zuschüssen finanziert, so hätte der Multiplikator den Wert 2, denn die öffentliche Finanzierung von rund 100 Stunden formeller Gemeinschaftsarbeit wird insgesamt 200 Stunden Gemeinschaftsarbeit ermöglichen. Da aber ein Drittel der Finanzierung aus Spenden und Beiträgen stammt, die öffentliche Hand also nur zwei Drittel dazusteuert, hat der Multiplikator den Wert 3, denn die Finanzierung von 66 Stunden formeller Arbeit ermöglicht 200 Stunden Gemeinschaftsarbeit.“ (ebd.: 8). Derartige Multiplikatorberechnungen liegen für den Bereich der Selbsthilfe seit langem vor, und sie bestätigen die hier genannten Effekte (vgl. Stark 1996).**
- **Hinzu kommt, dass aus bürgerschaftlichem Engagement immer wieder Impulse für Innovationen kommen, die dann auch den professionellen Bereich beeinflussen und dort zu neuen Arbeitsplätzen führen, sowohl im Profit- als auch im Non-Profit-Sektor.**

3.1 Soziale Ökonomie/Wirtschaft

Entgegen Etzionis Definition, scheint heute die Soziale Ökonomie nicht abgeneigt, ebenfalls Gewinne zu machen, allerdings nicht primär und nicht ohne soziales Engagement. Es scheint sich also ein Kompromiss zu entwickeln zwischen 1. und 3. Arbeitsmarkt:

Die Soziale Ökonomie beruht dem Grunde nach auf wirtschaftlichem Handeln, das auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist – es ist aber zusätzlich von bürgerschaftlichem Engagement und zu einem großen Teil von Eigenarbeit getragen, und die Gewinne werden einem sozialen Ziel zugeführt.

Die Vermischung von Sozialem mit Profit kommt aber in der traditionellen Wirtschaft nicht gut an, denn sie hat sich ja mit Händen und Füßen präzise gegen dieses gewehrt:

Damit ist die Soziale Ökonomie gewissermaßen in einer Klemme: Einerseits ist bspw. dem selbständigen Handwerker aus der Privatwirtschaft nicht einsichtig, warum eine Gruppe junger Leute in der Nachbarschaft zur Durchführung ihres Geschäftsbetriebs öffentliche Zuschüsse bekommt und somit die gleichen Leistungen am Markt günstiger anbieten kann. Das Gegenargument lautet: Diese Gruppe bietet bei der Beschäftigung benachteiligter Jugendlicher zum Beispiel zugleich eine Ausbildung an oder begünstigt mit ihren Leistungen einen finanzschwachen Kundenkreis und erfüllt somit eine soziale Funktion, für die sie öffentliche Bezuschussungen bekommt. Andererseits ist die öffentliche Verwaltung der Ansicht, dass sie für diese soziale Problemlage zuständig ist, weil sie mit ihren Instrumentarien und Programmen das Problem der Qualifizierung und Beschäftigung benachteiligter Jugendlicher mindestens eben so gut lösen könne wie die sozialwirtschaftlich agierende Gruppe.

Umgekehrt gilt aber auch: Bürgerschaftliches Engagement kann dazu beitragen, dass solche gemeinschaftlichen partizipativen Beziehungen entstehen, die die Integration des Beschäftigten stützen. Denn es ist evident: **Erwerbstätige brauchen nicht nur ihre Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz, sie brauchen auch Freunde aus anderen Lebensbereichen. Die Wichtigkeit von beruflichen und sozialen Beziehungen wird insbesondere in Phasen der Arbeitslosigkeit deutlich, wenn die berufliche Bezugsgruppe sukzessive verloren geht. Wenn dann darüber hinaus keine Sozialbeziehungen – etwa durch bürgerschaftliches Engagement – vorhanden sind, trifft Arbeitslosigkeit doppelt hart: Sie beeinträchtigt nicht nur den Lebensstandard und das Selbstbewusstsein, sondern auch die Integration in das gesellschaftliche Umfeld.**

- [Sozialwirtschaft](#)
- http://www.easymonitoring.ch/handelsregister/genossenschaft_netz_soziale_445281.aspx
- http://www.viavia.ch/spip/rubrique.php?id_rubrique=4
- <http://www.worldvaluessurvey.org/>

4. Konkurrenz der Arbeitsmärkte und Lösungspotentiale

4.1. Die Entwicklung des 1. Arbeitsmarktes: Unsicherheit, Präkarisierung - Pluralisierung

Zunächst ist es (zumindest für die Bundesrepublik Deutschland und eine Reihe anderer europäischer Länder) zutreffend, dass das Volumen der Erwerbsarbeit langfristig tendenziell abnimmt.

Dieser generellen Aussage wird zum Teil und teilweise zu Recht widersprochen, denn noch nie hat ein derart grosser Teil der Bevölkerung so lang, intensiv und produktiv gearbeitet wie heute.

Denn einerseits kann gezeigt werden, dass die absolute Zahl von Normalarbeitsverhältnissen in den vergangenen 30 Jahren stabil geblieben ist; andererseits ist gleichzeitig die absolute Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse deutlich gestiegen, weshalb insgesamt der Anteil von Normalarbeitsverhältnissen kontinuierlich zurückgegangen ist (Hackett u.a. 2001, Schmidt 2000).

Das Problem liegt eben darin, dass es nur ein Teil ist, während dem ein anderer systematisch vorwiegend mit Risiken beschenkt wird:

Insbesondere an den „Rändern“ der Erwerbsgesellschaft sind in sozialer Hinsicht derartig unsichere Beschäftigungsformen entstanden. Zusätzlich haben sich im Bereich der selbständigen und freiberuflichen Erwerbstätigkeit zunehmend projektförmige Arbeitsstrukturen, kooperierende Netzwerke, Mikro- und Solounternehmen (vgl. Malone/Laubacher 1999) herausgebildet. Somit kann von einer Pluralisierung der Erwerbsformen gesprochen werden, und es ist denkbar, dass zukünftig die abhängige Erwerbsarbeit in Form der Lohnarbeit nicht mehr die dominante Organisationsform gesellschaftlicher Arbeit darstellt; Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft könnten sich herausbilden (vgl. Mutz 1999; auch Brose 1998, 2000).

Pluralisierung der Erwerbsformen bedeutet jedoch nicht, dass die Menschen nun nach einem anderen Ideal, wie etwa der flexibilisierten Projektarbeit oder nach freier Arbeitsgestaltung streben. Im Gegenteil: Die überwiegende Mehrzahl der Menschen orientiert sich immer noch am Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses. Das normale und vor allen Dingen stabile und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnis ist als motivationales Leitbild weiterhin prägend.

Die Arbeits- und Erwerbsgesellschaft wird abgebaut, durch Finanzwirtschaft ersetzt. Die von der Arbeit abhängigen erhofften sich zum Teil, dass ein Umbau zur Tätigkeits- und Bürgergesellschaft dies korrigieren könnte, gerade was Arbeitsplätze betrifft

Der erste Satz des vorhergehenden Abschnittes zeigt so landläufig die Meinung, die allerdings eben so wenig taugt wie der Vorgang selbst. Denn gerade mit der Finanzkrise hat dieser abgehobene Wirtschaftstyp wieder gemerkt, dass er sich zwar immer weiter von der Realität entfernen kann, dass ih diese aber immer wieder einholen wird. Es gibt also ohne Arbeit, mit der Geld verdient wird, auch keine Finanzwirtschaft. So weit, so tröstlich. Eben so irrig ist allerdings die Annahme, dass man, wenn Geld eben sich selbst vermehrt, wenn Geld Geld verdient, es dort abholen kann um den Rest der Geldlosen zu versorgen. Auch das ein Irrtum, denn die Finanzwirtschaft verdient ja bloss so viel Geld, weil sie am Steuerknüppel sitzt, das Wirtschaftsboot lenkt. Sinkt dieses, oder liegt es leer am Pier, verdient auch der Steuermann nix.

Einigermassen untauglich bis widerlich finde ich hier die Konzepte von ATTAC mit der Tobin-Tax wie das des Grundlohns, denn beide machen sich keinerlei Gedanken, woher das Geld für die Tax kommt oder für den Grundlohn. Sie sind damit zufrieden, marginalisierte Straten der Gesellschaft mit ein paar Geldsäcken aus Piratenbeute ruhig zu stellen.

4.2. Die Unterschiede zwischen Bürgerarbeit und Erwerbsarbeit und die daraus folgenden Probleme

In einer Beziehung gibt es keinen Unterschied zwischen Bürgerarbeit und Erwerbsarbeit: Beides braucht Zeit - bloss dass im einen Bereich Zeit Geld bedeutet, im andern ... eben was anderes, meist Beziehungen:

Die Grundidee ist: Wer „Bürgerarbeit“ leistet, kann nicht gleichzeitig einer Erwerbsarbeit nachgehen; aber „Bürgerarbeit“ kann fehlende Erwerbsarbeit ersetzen. „Bürgerarbeit“ wurde in erster Linie als Ersatz wegbrechender Erwerbsarbeit verstanden, erst in zweiter Linie wurde das zivilgesellschaftliche Potenzial der „Bürgerarbeit“ formuliert.

Im Zentrum steht allerdings die Engagementförderung und nicht eine Arbeitsmarkt- oder Beschäftigungspolitik.

Die Analyse bürgerschaftlichen Engagements im Zusammenhang mit der Erwerbsarbeit erfolgt mit der Zielsetzung, das Engagement als eigensinnige Tätigkeit im Kontext der sich verändernden gesamtgesellschaftlichen Tätigkeitsstruktur zu verstehen und seinen eigenen Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion zu untersuchen.

Bürgerschaftliches Engagement ist in diesem Sinne – freiwillig, – nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, – gemeinwohlorientiert, – öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum statt und – wird in der Regel gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt.

Es schafft Sozialkapital und gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht Teilhabe und trägt gesellschaftliche Selbstorganisation.

Eine Differenzierung (= Diskriminierung) zwischen Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit ist und bleibt erwünscht:

*Bei Befragungen wird immer wieder deutlich, dass die Engagierten selbst einen Grundunterschied zwischen Erwerbsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement betonen und nicht wollen, dass bürgerschaftliches Engagement der Erwerbsarbeit ähnlich wird. **Ihre Forderung ist, dass bürgerschaftliches Engagement unterscheidbar bleiben muss, weil es sonst seinen eigenständigen Sinngehalt verliert.***

Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit sind möglichst eindeutig voneinander zu trennen, weil freiwillige, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtete Tätigkeiten für das Gemeinwohl eine eigene Handlungslogik, einen Eigensinn, haben.

Entgrenzungsprozesse zwischen Engagement und Erwerbsarbeit bieten eine Chance, gefährden aber auch den mit Freiwilligkeit verbundenen Eigensinn und die eigene Handlungslogik unentgeltlicher Tätigkeiten.

In dieser Form des Strukturwandels liegt jedoch auch die Gefahr, dass die Grenzen zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit verwischt werden. Erwerbsarbeit ist für die meisten Menschen eine Notwendigkeit, die den einzelnen Menschen und ihren Familien den Lebensunterhalt sichert. Und genau diese Differenz ist wichtig, wenn sich Menschen bürgerschaftlich engagieren.

Die Freiwilligkeit setzt auch der Einordnung in betriebliche Handlungs- und Weisungszusammenhänge Grenzen.

Freiwilligkeit als Pflicht: Der 2. Arbeitsmarkt als Fronarbeit:

Wenn jedoch die unentgeltliche, gemeinnützige Tätigkeit Erwerbsloser zur Pflicht erklärt wird, dann passiert in Sachsen nicht mehr als bereits im Rahmen des BSHG möglich ist. So bleibt zu „vermuten, dass nur für einen begrenzten Teil von Menschen Bürgerarbeit das sein wird, was man sich erhofft: nämlich eine selbstbestimmte, gesellschaftlich nützliche Aktivität im Rahmen gemeinschaftsbasierter Initiativen“ (Vofß 1999: 332).

Dieser Satz im Beamtendeutsch ist vermutlich etwas schwer verständlich. Einfach ausgedrückt heisst das bloss: **Wenn die Arbeit im 3. Sektor nicht mehr freiwillig ist, sondern als Fron und Dienstleistung eingesetzt wird, müssen wir von einem 2. Arbeitsmarkt reden, und den entsprechend organisieren. Im 2. Arbeitsmarkt handelt es sich nicht um freiwilliges, selbst gestaltetes Arbeiten, sondern um von staatlichen oder parastaatlichen Organisationen geplante Einsätze, zu denen die Eingesetzten meist wenig zu sagen haben. Die Verantwortung für Sinn und Zweck (oder das Gegenteil) haben hier also die Veranstalter alleine zu tragen.**

Die Grenze zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit darf insbesondere durch außergewöhnliche monetäre Anreize für einzelne Engagierte nicht verwischt werden; allerdings sollten Engagierte durch ihre Tätigkeit auch keine materiellen Nachteile erleiden – eine Abwägungsfrage vor allem bei steuerrechtlichen Regelungen. Im Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit spielen auch Freistellungsregelungen eine maßgebliche Rolle (vgl. C4.5.). Ein weiteres wichtiges Themenfeld ist die haftungsrechtliche Absicherung bürgerschaftlich Engagierter.

4.2.1 Das Problem der Bewertung und damit Monetarisierung des 3. Arbeitsmarktes, der Bürgerarbeit

Die Freunde der Bürgergesellschaft, die hier ein reiches Potential an Arbeit sehen, Ersatzarbeit für diejenige, die in der Wirtschaft an die Maschinen verloren ging, haben eigentlich alle ein Problem übersehen, das Problem der Bewertung von Arbeit, d.h. der Produkte und der Produktivität - und damit der Leistung, die zumeist in Geldwert passiert. Eine breite Nutzung des 3. Sektors als Ersatz für Erwerbsarbeit würde sofort zur weitgehenden Monetarisierung der Bürgerarbeit führen, womit diese als Alternative bereits wieder gestorben wäre, womit aber vor allem das Bewertungssystem der Wirtschaft übernommen werden müsste, was zu massiven Verzerrungen in diesem Bereich führen wird. Eine Bürgerarbeit die quasi zur Lohnarbeit wird, muss vergleichbar sein, also einen Massstab der Leistung bereit stellen, also Produktivität bewerten (Die Katze beisst sich hier in den eigenen Schwanz):

*In der industriellen Phase der Modernisierung sind starre Grenzen zwischen diesen Sphären entstanden, die kaum mehr Durchlässigkeiten ermöglichen: **Der Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und Engagement oder zwischen Familie und Erwerbsarbeit ist immer schwieriger geworden.** Mit dieser Ausdifferenzierung hat sich ein Gefüge zwischen den Sphären herausgebildet, das in hohem Maße hierarchisch strukturiert ist. **Der Bereich der Erwerbsarbeit gilt als der Bereich, in dem die eigentliche gesellschaftlich produktive Arbeit geleistet wird und Werte geschaffen werden.** Demgegenüber gelten die versorgenden Tätigkeiten in der Familie und das bürgerschaftliche Engagement als weniger produktiv.*

4.2.2 Verdrängung zwischen 1., 2. und 3. Arbeitsmarkt

*Bürgerschaftliches Engagement kann den Verlust des Arbeitsplatzes nicht ersetzen. Nach wie vor ist die **Integration in die Erwerbsarbeit von zentraler Bedeutung für die Identität der einzelnen, für die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand und für den Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement***

Leider ist eher das umgekehrte der Fall, was insbesondere beim 2. Arbeitsmarkt zu beobachten ist - und expressis verbis ja Bedingung für die Gewährung des Status der Gemeinnützigkeit durch das Steueramt gilt: Als gemeinnützig anerkannte Arbeit muss Steuern sparen, also dem Staat Ausgaben ersparen, also Leistungen erbringen, für die der Staat sonst bezahlen müsste, also Leistungen erbringen, für die bisher jemand bezahlt wurde - und nun nicht mehr, dank gemeinnützigem Einsatz. Etwas gemein, allerdings.

*Häufig wird beklagt, dass die Förderung von freiwilligem Engagement letztendlich nur dazu dient, dass der Staat wie die Unternehmer sich aus ihrer sozialen Verantwortung herausziehen wollen, so dass kollektive Sicherheitssysteme ausgedünnt und reguläre Arbeitsplätze auf Grund von **wirtschaftlichen Interessen durch freiwillige Arbeit ersetzt werden.***

Die Tabelle rechts zeigt, dass diese Gefahr insbesondere in den Bereichen Berufliche Interessenvertretung, Gesundheit wie Jugend- und Bildungsarbeit gross ist.

Übersicht 22:
Nähe der ehrenamtlichen zur beruflichen Tätigkeit

(1) „Ehrenamtliche Tätigkeit hat mit eigener beruflicher Tätigkeit zu tun“
(2) „Voraussetzung für die Tätigkeit ist berufliche Erfahrung in dem Feld“
(3) „Vergleichbare Tätigkeit wird von anderen beruflich, also gegen Bezahlung, ausgeübt“

Engagementbereiche	(1) %	(2) %	(3) %
Berufliche Interessenvertretung	75	58	41
Gesundheit	51	32	46
Jugend- und Bildungsarbeit	40	30	48
Sozialbereich	35	24	36
Justiz/Kriminalitätsprobleme	33	34	43
Bürgerschaftliche Aktivität am W.	26	20	22
Kultur und Musik	23	20	28
Politik	22	19	29
Schule/Kindergarten	19	11	14
Freizeit und Geselligkeit	17	14	12
Kirche/Religion	16	10	24
Sport und Bewegung	12	14	23
Umwelt-/Natur-/Tierschutz	12	11	22
Rettungswesen/Feuerwehr	9	19	41
Gesamt	23	18	26

4.2.2.1 Kenntnisse, Qualifikationen, Erfahrungen werden am 1, 2. und 3. Arbeitsmarkt benötigt

Das Konzept der „Bürgerarbeit“ ist in vielerlei Hinsicht problematisch (zur kritischen Einschätzung vgl. Mutz/Sing 2001).

*Erstens haben schon die Auswertungen des Sozioökonomischen Panels im Jahre 1995 gezeigt, dass sich **Arbeitslose oder Personen in der Stillen Reserve kaum engagieren. Aber auch engagierte Erwerbstätige reduzieren nur selten oder gar nicht ihre Arbeitszeit zugunsten des Engagements** (vgl. Erlinghagen/Rinne/Schwarze 1997, Heinze/Keupp 1998).*

*Zweitens bedeutet eine Reduktion der Erwerbsarbeit zugunsten der „Bürgerarbeit“ einen Verzicht auf **Erwerbseinkommen, weil „Bürgerarbeit“ dem Konzept nach nicht entlohnt, sondern immateriell belohnt wird** (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997a: 146). Nur wenn die „Bürgerarbeiter“ Anspruch auf Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosenhilfe oder auch Sozialhilfe haben, ist ein Sozialtransfer durch ein „Bürgergeld“ vorgesehen. **Damit wird „Bürgerarbeit“ für viele Menschen zu einem finanziellen Risiko.***

*Drittens scheint eine weitere Schwierigkeit auf, denn auch **„Bürgerarbeitsplätze“ bestehen nicht in uneingeschränktem Umfang, und somit kann es keinen (wie immer erwirkten) Anspruch auf einen „Bürgerarbeitsplatz“ geben.** Damit besteht aber die Gefahr, dass wiederum insbesondere jene **Bevölkerungsgruppen benachteiligt werden, die gleichsam „von Haus aus“ keine günstigen Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement mitbringen – manche zukünftigen „Bürgerarbeitslosen“** (vgl. Stecker 1999). Wenn „Bürgerarbeit“ aber nur diejenigen begünstigt, die ohnehin hohe Integrationschancen haben, dann verstärken sich die sozialen Ungleichheiten. **Mit dem Konzept der „Bürgerarbeit“ wird bürgerschaftliches Engagement als eine Form der Arbeit konzipiert und damit in die Nähe zur Erwerbsarbeit gebracht – auch das bürgerschaftliche Engagement wird so zu einer Form der Erwerbsarbeit.***

So geht Erlinghagen davon aus, dass für bürgerschaftliches Engagement ähnliche Qualifikationen benötigt werden wie für eine erfolgreiche Erwerbsbeteiligung S. 27

4.2.3 Desintegrierte bleiben in Desintegriertenetzwerken, also desintegriert

Das Engagement für bürgerschaftliche Belange ist bei Desintegrierten gering:

*Engagement hängt also eng mit der sozialen Einbindung, mit der **Integration** der Menschen zusammen. Dies ist ein Grund dafür, dass Erwerbslose im Vergleich zu Erwerbstätigen beim Engagement unterrepräsentiert sind. Die Daten des SOEP zum Erwerbsstatus zeigen, dass **36,2 % der Erwerbstätigen in Westdeutschland bürgerschaftlich engagiert sind, aber nur 22,4 % der arbeitslos Gemeldeten.***

Der <sozialer Raum> Desintegrierter besteht vor allem aus andern Desintegrierten:

Alle großen neueren empirischen Engagementstudien – so etwa die Eurovol-Studie (Gaskin/Smith/ Paulwitz 1996), die Auswertungen des SOEP (vgl. Erlinghagen/ Rinne/Schwarze 1999) und der Freiwilligen-Survey von 1999 (vgl. Rosenblatt 2000) – belegen den **engen Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Faktoren wie Einkommen, Bildungsstand und beruflicher Stellung einerseits und dem Umfang des realisierten Engagements andererseits**. Ferner zeigt die Forschung, dass das Vertrauen gegenüber politischen und gesellschaftlichen Institutionen nicht nur mit sinkendem Sozialstatus abnimmt. **Belegt ist auch, dass sich die Angehörigen unterer sozialer Schichten in ihren Netzwerkkontakten stärker auf den Verwandtschaftskreis beschränken, während Angehörige gehobener sozialer Positionen zusätzlich auf ein breites Spektrum freiwillig gewählter Freundschafts- und Bekanntschaftsnetzwerke zurückgreifen können.**

Die Enge der Netzwerke von Menschen mit geringem sozialem Status beschränkt auch ihre Verständnismöglichkeit für andere Ideen, andere Betroffene, und seien die noch so sehr in der gleichen Lage:

Zusammenarbeit aber setzt die Bereitschaft voraus, legitime Verschiedenheiten des Denkens und Handelns in ihren Motiven und Ursachen zu erkennen und zu akzeptieren.

Fazit:

Eigentlich müsste man Desintegrierte mit niedrigem sozialem Status einer ganz anderen Welt aussetzen, der Welt der engagierten und arbeitssamen ... tja, aber woher nehmen und nicht stehlen. Dennoch müsste diese Empfehlung gerade für Projekte am 2. Arbeitsmarkt sehr ernst genommen werden, Selbsthilfe wird sonst leicht zu Selbstbremsung. In Arbeitsgruppen aus lauter Menschen mit ähnlichen Schicksalen, Verlierschicksalen, ziehen viele ihre Energie daraus, sich etwas höher stellen zu können, andere noch etwas tiefer zu drücken. Beliebte Argumente sind hier: **Wir sind zu dumm, zu arm, zu alt, zu unerfahren ... etc.** Wenn aber die Betroffenen diese Argumente glauben, mit denen sie aus dem 1. Arbeitsmarkt entfernt wurden, dann verlieren sie auch noch Selbstachtung und Hoffnung, und somit jede Chance aus dem Sch... herauszukommen.

Entsprechend diesem Fazit wären Veränderungen eigentlich vor allem von der andern Seite zu erwarten, der betriebsamen:

Die **PDS** hält es für notwendig, bei der Betrachtung des Wechselverhältnisses von bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit in stärkerem Maße auf die Schaffung von Bedingungen für das bürgerschaftliche Engagements von Arbeitnehmern zu orientieren. Dies gilt zunächst für die **Erwerbsarbeit als prägender Lebensbereich, der selbst der demokratischen Beteiligung und Mitgestaltung bedarf. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht an den Werktoeren halt machen. Gerade weil heute in Büros, Labors und Forschungsabteilungen wichtige Weichenstellungen für die gesellschaftliche Entwicklung getroffen werden, kommt es darauf an, die Bürgerrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Betriebliche Mitbestimmung ist zudem eine wichtige Erfahrungsquelle für Bürgerengagement außerhalb der Erwerbsarbeit.**

4.2.4. Bewältigung der Komplexität der der spezialisierten Berufswelt wie der Bürgergesellschaft

Pluralisierung = zunehmender Organisationsaufwand, Bildungsaufwand:

Pluralisierung der Erwerbsformen und Entgrenzung der Erwerbsarbeit. Damit ist zum einen gemeint, dass es heute eine Vielfalt von Erwerbsmöglichkeiten gibt, nicht nur das „Entweder-Oder“ zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung.

Wir haben hier das selbe Problem wie mit der Spezialisierung. Je mehr Berufe mit ihren eigenen spezifischen Bereichen und mit eigener Ausbildung es gibt, desto vielfältiger die Möglichkeiten, seine eigenen Begabungen am rechten Ort einzusetzen, desto reicher der Arbeitsmarkt. Nicht vergessen, ohne Spezialisierung wären wir immer noch alle Bauern, abgesehen von ein paar Schmiden, Karren- und Daubenmachern, Müllern - und natürlich, nicht vergessen, Pfaffen und andern Herren. Je mehr Berufe, desto problematischer der Wechsel, das Auffinden einer einigermaßen passenden Stelle.

Früher war das Leben in der Beziehung <Ausbildung> relativ einfach:

Soziale Forderungen mit Blick auf die Erwerbsarbeit waren lange Zeit vor allem auf Verbesserungen der internen Arbeitsbedingungen gerichtet. Aktivitäten außerhalb des Erwerbslebens, wie z.B. die Ausbildung, waren der Erwerbsarbeit vorgeschaltet, der „Ruhestand“ folgte nach der Erwerbsarbeitsphase.

Heute hat man bei Antritt der Lehre oder des Studiums keine Ahnung, ob das Erlernte nach 3 oder 4 Jahren, also bei Abschluss, überhaupt noch von Interesse ist - am Arbeitsmarkt. Dazu veraltet das Wissen immer rapider. Man redet von einer Halbwertszeit des Wissens von 2 Jahren. Bei 4 Jahren Studium ist vom 1. Jahr also noch 1/4 halbwegs brauchbar. Das führt zu dauernd zunehmenden Bildungszwängen, die natürlich entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten verlangen, private Finanzierungsmöglichkeiten. s.

Bildungszwang

Hier ist eindeutig darauf zu achten, dass die Grundausbildung breit einsetzbar bleibt, und Spezialisierung nie mehr als einen begrenzten Raum einnehmen darf. Das akademische Proletariat, über das wir als Studenten in den Siebzigern noch gewitzelt haben, ist längst Realität - und viele von uns Teil davon. s. [generation p](#). Umgekehrt besteht gerade hier ein enormes Potential an

Wissbegierigen - mit bereits grossem Wissen - die dieses gerne sinnvoll einsetzen würden, aber unter sinnvoll eben nicht verstehen, zur Vermehrung des Profites. s. [Bildungsbörse](#)

4.2.5 Lösungspotentiale - positive Effekte des 2. u. 3. Arbeitsmarktes

*Auch wenn dadurch die Ausgrenzung aus der Erwerbsarbeit für die große Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht aufgehoben wird, eröffnet die beschriebene Praxis des „phasing“ in den Projekten **Möglichkeiten sinnhaften Handelns auch außerhalb der Erwerbsarbeit und ermöglicht die Integration in soziale Gemeinschaften und lokale Bezüge.***

*Die Projekte können zum Ausgangspunkt für **innovative Problemlösungen** werden, mit denen auch **Arbeitsplätze geschaffen** werden (vgl. dazu das Kapitel B3.2.4.). Aus der Verknüpfung des Engagements mit Maßnahmen des Zweiten Arbeitsmarktes resultieren allerdings auch vielfältige Probleme. Der Einsatz von Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik kann zu einer Verdrängung des Engagements beitragen. #*

- <http://www.initiative-fuer-beschaeftigung.de/>: In den regionalen Initiativgruppen werden Projekte diskutiert und implementiert, die den Beschäftigungsstand erhöhen und dabei vor allem Problemgruppen des Arbeitsmarktes ansprechen sollen.

5. Unbezahlte Arbeit für Gesellschaft, Familie, individuelle Entwicklung

Bürgerarbeit wäre eben die im Normalfall unbezahlte Arbeit an der Gesellschaft, für die Gesellschaft.

Da **Arbeit für die eigene Familie** weder als Bürgerarbeit gilt noch als Gemeinnützig, wird das Problem unbezahlter Arbeit, von dem primär Frauen betroffen sind, auch von der Zivilgesellschaft nicht gelöst:

Die versorgenden Tätigkeiten in der Familie und beim Engagement liegen bis heute zumeist in der Verantwortung der Frauen.

Die **Arbeit an der Entwicklung des Selbst** ist ebenso lädiert, da das Ideal des selbständig Tätigen eine dauernde Auseinandersetzung mit enormer, da atomistischer Konkurrenz bedeutet. s. [4. Sektor](#).

Es bleibt also noch ausreichend Arbeit zu tun ... Wenn für wichtige Arbeiten aber kein Geld zur Verfügung steht, na, dann haben wir offenbar unsere Wirtschaft irgendwie falsch organisiert.

Martin Herzog, Dipl. Ing. ETH, Basel, 20.7.09